

Hier in NRW

»Schämt euch, Sozis!«

Immer mehr Armut an Rhein und Ruhr



**Topthemen
in der »Klar«**
Unsoziale Jobs auf Zeit,
Pharmakonzerne kassieren
ab, Mütter bei Rente
mit 63 benachteiligt
Beilage

Nach aktuellen Zahlen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes waren 2013 schon 17,1 Prozent der Menschen in Nordrhein-Westfalen arm. In den davor liegenden sieben Jahren ist das ein Zuwachs von 22 Prozent, doppelt so viel wie im Bundesdurchschnitt. Besonders betroffen ist das Ruhrgebiet mit einer Armutsquote von 20 Prozent. Aber auch die »Boomregion« Köln/Düsseldorf leidet unter einer Armutsexplosion. Oft trifft es Kinder und ihre Mütter. Es fehlt an Ganztagsbetreuung, und Frauen sind oft schlecht

bezahlt. Ein Ausweg: In Erziehung, Bildung und Pflege müssen endlich mehr Menschen zu fairen Löhnen arbeiten. Obwohl Konzerngewinne sprudeln und der Anteil der Erwerbstätigen stetig steigt, verelenden in NRW zunehmend ganze Stadtviertel. Die SPD-geführte Landesregierung sieht zu, wie jedes Jahr tausende Jobs für höhere Konzerngewinne wegfallen. Das geht auch anders. Gerechtere Steuern können Land und Kommunen wieder handlungsfähig machen. Hartz IV bedeutet Armut per Gesetz. Eine echte Mindestsicherung ohne Sanktionen schützt Menschen vor dem Absturz in die Armut. Die Regelsätze gehören dringend erhöht und die Zwangsmaßnahmen gegen Erwerbslose

abgeschafft. Wer ist verantwortlich für die aktuelle Massenarmut an Rhein und Ruhr? Vor allem die SPD. Sie regiert in NRW und im Bund. Sie setzte Hartz IV und Lohndumping erst durch. Wer etwas für die Menschen im Land tun will, muss dringend den Kurs ändern. Menschen ohne Arbeitsplatz fehlt es an Mitteln und Chancen. Doch selbst mit Job gibt es keine Sicherheit. »Arm trotz Arbeit« ist in NRW ein weit verbreitetes Phänomen. Minijobs, Befristungen und Leiharbeit führen dazu. Will man Massenarmut beenden, muss an ihre Stelle fair bezahlte, sozialversicherte Arbeit treten. Dazu braucht ein soziales Land einen Mindestlohn von über 10 Euro und ohne Ausnahmen und eine Mindestrente gegen die zunehmende Altersarmut. Der vielleicht größte Skandal: Kinderarmut. Laut Kinderschutz leben in NRW 800 000 junge Menschen unterhalb der Armutsgrenze. Das ist fast jedes vierte Kind. Kinder sind in unserem reichen Land ein Armutsrisiko. Das muss sich ändern. Sie brauchen eine eigene Grundsicherung. Deshalb sagt DIE LINKE: Schämt euch, Sozis. NRW ohne Armut – das muss drin sein!

Kinderarmut: Augen zu und durch?

Bottrop. »Wir lassen kein Kind zurück«, versprach Ministerpräsidentin Hannelore Kraft im Wahlkampf. Die Realität ist anders. Laut Paritätischem Wohlfahrtsverband ist die Armutsquote in der Emscher-Lippe-Region seit 2008 von 17,3 auf 21,1 Prozent gestiegen, Kinder sind noch stärker betroffen. Das bestätigt sogar die wirtschaftsnahe Bertelsmann-Stiftung: Danach ist jedes sechste Kind in Deutschland, jedes fünfte in NRW und jedes vierte im Ruhrgebiet armutsgefährdet. Bottrops Oberbürgermeister Bernd Tischler will es anscheinend nicht so genau wissen. Auf eine Ratsanfrage der LINKEN zur Lage in Bottrop gab es kaum Antworten. Die zitierten Studien zeigen: Armutsgefährdete Kinder fallen bei Schuleingangsuntersuchungen deutlich zurück: 43 Prozent sprechen mangelhaft

deutsch, dreimal so viele wie bei anderen Kindern; 28 Prozent haben Probleme beim Zählen, zweieinhalbmal so viel wie sonst; 25 Prozent haben Probleme mit der Körperkoordination, zweimal so viel wie üblich. Kinder aus wenig begüterten Familien brauchen Unterstützung, die Eltern gezielte Beratung. Bessere Angebote für Kinder im Vorschulalter sind nötig. Der LINKEN-Stadtrat Christoph Ferdinand wollte von Tischler wissen: »Wie viele Kinder in Bottrop sind armutsgefährdet? Gibt es in Bottrop [...] Unterschiede bei der Schuleingangsuntersuchung zwischen armutsgefährdeten Kindern und nicht-armutsgefährdeten Kindern [...]? Was hat die Stadt Bottrop konkret unternommen, um dieser Entwicklung entgegenzusteuern?« Tischlers lapidare Antwort: »Da der Ver-

waltung viele der von Ihnen gewünschten Daten, Zahlen und Informationen nicht vorliegen, ist eine konkrete Beantwortung Ihrer Fragen a) bis f) nicht möglich.« Aber selbst aus der dürftigen Mitteilung des OB wird deutlich: Fast jedes vierte Kind in Altstadt, Batenbrock,

Boy, Ebel und Welheimer Mark hat zur Einschulung massive Probleme mit der Körperkoordination. Möglich war es Tischler immerhin, mit SPD und CDU den städtischen Sozialbericht einzuspüren. Wie gesagt: Man will es nicht so genau wissen ...



Pfand sammeln ist häufig der letzte Ausweg für Menschen in Armut, auch in Bottrop.



Frag die Menschen im Betrieb

von Sahra Wagenknecht

Dass die Armut in NRW jedes Jahr wächst, ist kein Zufall, sondern das Ergebnis von Politik. Leiharbeit, Hartz IV oder Rentenkürzungen wurden im Parlament beschlossen. Diese Gesetze haben viele Menschen arm und einige wenige sehr reich gemacht. Während die Armut im Jahr 2015 ein Rekordhoch erreicht, sprudeln die Profite von großen Konzernen und Banken seit vielen Jahren. Um die Armut in NRW zu bekämpfen, muss Wirtschaftspolitik für die Menschen und nicht für die großen Unternehmen gemacht werden.

Jobs für die Region

Das bedeutet gerade in NRW auch eine gute Industriepolitik, denn dort gab es früher gut bezahlte und sichere Arbeitsplätze. Auch schaffen Industriebetriebe häufig weitere Jobs in der Region. Aber: Immer mehr Arbeitsplätze in der Industrie werden abgebaut. 1978 war in NRW jeder zweite Beschäftigte in der Industrie tätig, heute sind es nur noch 29 Prozent. Für DIE LINKE heißt soziale Industriepolitik daher, dass die Menschen im Betrieb gefragt werden, wenn wichtige Entscheidungen anstehen. Im Düsseldorfer Daimler-Werk wurde im letzten Jahr entschieden, über 600 Arbeitsplätze in die USA zu verlagern. Der Grund: noch größere Profite, weil die Löhne in den USA nur halb so hoch sind wie in Düsseldorf. Damit Unternehmen nicht solche Entscheidungen gegen ihre Beschäftigten treffen, fordert DIE LINKE mehr Mitbestimmung: Die Beschäftigten sollen mitentscheiden können, wenn Betriebe den Standort verlagern oder ihre Mitarbeiter entlassen wollen. An großen Industriebetrieben können viele tausend Arbeitsplätze in der Stadt und der Umgebung hängen. Mit der Schließung von Opel Bochum etwa sind bis zu 45 000 Arbeitsplätze in NRW bedroht. Die Landes- und die

Fortsetzung auf Seite 2

Harte Arbeit

für alle leisten Beschäftigte in öffentlichen Einrichtungen wie Kitas. Gedankt wird es nicht immer. Seite 2

Demokratischer

geht es künftig im Ruhrgebiet zu. Das Revierparlament wird bald direkt gewählt. Seite 3

In Bottrop

haben die Stadtoberen im Währungskasino gezoct. Ergebnis: 12 Millionen Euro Miese. Seite 4

Post von Wagner



Arbeitgeber erzählen ein Märchen: Es war einmal ein befristeter Job, der gab jungen Menschen die Chance, ins Arbeitsleben zu kommen. In der Realität sind solche Jobs eher eine bleierne Kugel. Sie hindern junge Beschäftigte daran, ihre Zukunft planen zu können. Weniger als ein Drittel der Befristeten wird irgendwann übernommen. Jede zweite Neueinstellung hat heute eine (Galgen-)Frist. Das hat vor allem ein Ziel: Flexibilität für Unternehmen auf Kosten der Beschäftigten. Es macht sie durch Angst vor Jobverlust erpressbar. Die vielen auf Zeit Beschäftigten in Wissenschaft, Erziehungswesen, Handel oder Pflege können ein Lied davon singen. DIE LINKE.NRW sagt: Befristung und Leiharbeit stoppen. Das muss drin sein!



Ihr
Sascha U. Woyz
Landesgeschäftsführer
DIE LINKE.NRW

Flüchtlinge: Willkommen in NRW

Immer mehr Menschen fliehen vor Krieg, Verfolgung und Elend. Zu den 17 Millionen Menschen in NRW kamen bis September gut 160 000 Geflüchtete. Die Regierung gibt sich überrumpelt. Flüchtlinge waren gar nicht vorgesehen. Viele müssen in vollgestopften Turnhallen warten. Während die Politik versagt, helfen Tausende ehrenamtlich, darunter viele LINKE. Sie sorgen für Kleidung, Decken und Übersetzung. Es fehlt aber fast alles, etwa Wohnungen, medizinische Versorgung, Sprachkurse. LINKEN-Sprecherin Özlem Demirel: »Wenn SPD, CDU und Grüne jetzt das Asylrecht verschärfen, ist das eine Schande.« Gemeinsam mit Pro Asyl fordert DIE LINKE unbürokratische Aufnahme für Schutzsuchende und mehr Mittel für Unterbringung, Bildung und Integration. »Geld ist genug da, es muss nur gerecht verteilt werden«, so Demirel.

Kein Hort für gute Arbeit

Die Erziehung von Kindern ist harte, anstrengende Arbeit, auch am Wickeltisch. Die Bezahlung der Sozial- und Erziehungsdienste hält damit aber nicht Schritt.



Foto: Niels Holger Schmidt

Statt Schuftin in der Fabrik lieber einen guten Job bei der Stadt? Die Wirklichkeit sieht heute anders aus. Die Antwort auf leere öffentliche Kassen sind Personalkürzung, Arbeitsverdichtung, Befristungen. Der öffentliche Dienst ist längst kein Hort für gute Arbeit mehr. Im Sommer 2015 ist ein Berufszweig lautstark dagegen auf die Barrikaden gegangen: Erzieherinnen. Der Stammtisch sagt: »Kinder erziehen kann jede Frau. Ist doch nur Spielen und Basteln mit den Kleinen.« Das war immer Unsinn. Kitas sind Bildungseinrichtungen mit gut ausgebildeten Fachkräften. In den letzten Jahren sind die Anforderungen noch einmal deutlich gestiegen. Sprachförderung und Dokumentation der Arbeit sind große Ar-

beitsbereiche geworden. Davon merkte man bisher aber auf dem Lohnzettel wenig. Im Gegenteil: Die Arbeit ist kaum zu schaffen, da Land und Kommunen den Kitas viel zu wenig Personal finanzieren. Viele Beschäftigte werden zudem mit Befristungen und Teilzeit abgespeist. Das trifft auch die Sozialarbeiter. Bei dem Streik ging es nicht nur um ein paar Euro mehr, sondern um Augenhöhe bei Einstufung und Bezahlung mit anderen hoch qualifizierten Fachkräften. Die stiefmütterliche Behandlung der Sozial- und Erziehungsdienste zeigt auch: Die deutsche Arbeitswelt hinkt vielen europäischen Nachbarn hinterher, wenn es um gleiche Chancen für Frauen und Männern geht. Nicht zufällig finden sich »typi-

sche Frauenberufe« bei uns am Ende der Lohnskala. Das erklärt die Hartnäckigkeit, mit der die Beschäftigten kämpften. Nach Streik, Schlichtung und neuer Streikdrohung kam zumindest eine wahrnehmbare Verbesserung heraus. Im Schnitt 3,7 Prozent, also 93 bis 138 Euro im Monat, gibt es künftig mehr für Erzieherinnen. Bei der Sozialarbeit fällt das Plus geringer aus. Dennoch ist es ein Schritt in die richtige Richtung. Und der Kampf um gute öffentliche Arbeit geht weiter. 2016 stehen Tarifverhandlungen für Gemeinden und Bund an. Es geht um mehr Gehalt und um bessere Einstufungen. Die Beschäftigten können wieder mit Unterstützung der LINKEN rechnen – wie schon beim jüngsten Streik.



Anna Conrads ist ver.di-Sekretärin in Oberhausen und Mülheim.

Warum habt ihr gestreikt?
10 000 Beschäftigte der Sozial- und Erziehungsdienste haben in NRW gestreikt, damit ihre unterbezahlten Tätigkeiten aufgewertet werden. In den Kitas und im Ganztags der Grundschulen geht es um qualifizierte Bildungsarbeit; soziale Arbeit bedeutet Krisenmanagement auf hohem Niveau. Das soll sich endlich in der Bezahlung niederschlagen.

Warum wollten die Beschäftigten den Schlichtungsvorschlag nicht?
70 Prozent der befragten Mitglieder haben das Ergebnis abgelehnt, weil es echte Aufwertung nur für den Leitungsbereich der Kitas vorsah und nicht für die Beschäftigten insgesamt.

Wie bewertest Du den Abschluss und wie geht es weiter?
Der Abschluss ist ein erster Schritt, weil sich die Arbeitgeber noch einmal bewegt haben. Das ist auch der Ablehnung des Schlichtungsergebnisses und der erneuten Streikdrohung zu verdanken. Dies kann nur der Anfang einer langen Auseinandersetzung für die Aufwertung aller Beschäftigten sein. Wir bleiben da am Ball.

Betriebe in die Hand der Beschäftigten

Fortsetzung von Seite 1, rechts
Bundespolitik darf deswegen nicht zusehen, wenn wichtige Industriebetriebe einfach dichtgemacht werden. DIE LINKE fordert stattdessen, die überlebendigen Betriebe in der Hand der Mitarbeiter weiter zu betreiben, die Produktion nach sozialen und ökologischen Maßstäben umzubauen und dafür öffentliche Kreditbürgschaften zu geben. Massenentlassungen in profitablen Unternehmen, etwa um die Aktienkurse hochzutreiben, müssen gesetzlich verboten werden. Um neue Arbeitsplätze in der Industrie zu fördern, muss NRW außerdem in seine Verkehrswege investieren, die eine wichtige Voraussetzung für viele Industriezweige sind. Dies gilt vor allem

für die in NRW starke Chemieindustrie und den Maschinenbau. Allerdings: Die Verkehrswege in NRW zerfallen. Seit Jahren wird zu wenig investiert, weil die staatlichen Kassen leer sind. DIE LINKE fordert daher, Reiche und Konzerne wieder stärker zu besteuern, um Geld unter anderem für die Verkehrswege zu haben und so Arbeitsplätze zu schaffen. Dies bedeutet für DIE LINKE, den Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern, um die Umwelt zu schonen. DIE LINKE zeigt: Eine gute Industriepolitik ist in NRW möglich. Man muss dafür nur den Mut haben, sich mit den Reichen und Mächtigen anzulegen.
Sahra Wagenknecht, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE im Bundestag

Lass jucken, Kumpel!

Wenn es Sie nicht kratzt, was in der Welt passiert, sollten Sie ein Bier trinken gehen. Alle anderen, die es angesichts der politischen Zustände in den Fingern juckt, sollten mal ein Probeabo des nd riskieren. Wir kratzen am Lack!

Zwei Monate gedruckt plus »nd«-App zusammen nur **35,- €**

Interesse? Dann anrufen unter (030) 29 78 18 00. www.neues-deutschland.de/miniabo
Das Angebot gilt nur im Inland und in Haushalten ohne aktives nd-Abo in den letzten 6 Monaten.



neues deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

nd

Nicht nur für ein Taschengeld



Menschen mit Behinderung leiden überdurchschnittlich häufig unter Arbeitslosigkeit. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe unterstützt Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen. Insgesamt arbeiten aber viele Behinderte dennoch für wenig Geld.

Vor dem Landesarbeitsgericht Hamm wehren sich fünf Beschäftigte gegen Entgeltkürzungen durch den Wertkreis Gütersloh, eine Werkstatt für Menschen mit Behinderung. Der Anwalt der Werkstatt spricht auf einmal von Mindestlohn für die Werkstatt. Der Richter empfiehlt den Gang zum Bundesarbeitsgericht. Eine Wende?

Arbeitsvertrag, Betriebsrat, Tariflohn haben Werkstattbeschäftigte nicht. Es gibt nur ein »Entgelt«, im Durchschnitt 1,30 Euro/Stunde, ein Skandal! Aber: Es gibt eine relativ hohe Rente in Höhe von 80 Prozent des Rentendurchschnitts. Die Alternative zur Werkstatt sind Regel- und Integrationsbetriebe. Der Preis dafür Arbeits- und Leistungsdruck!

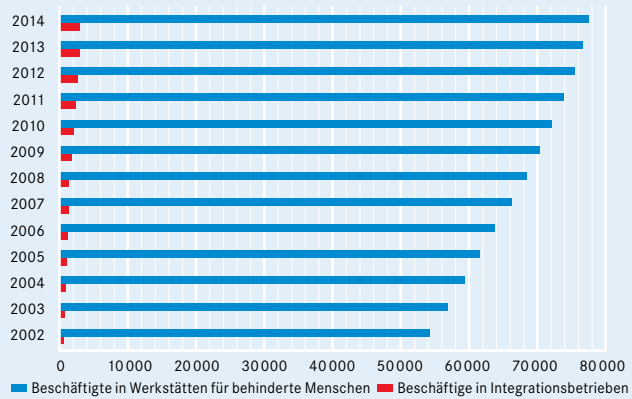
Auf Einladung der LINKEN in den Landschaftsverbänden Westfalen-Lippe (LWL) und Rheinland (LVR) diskutierten jüngst mehr als 60 Betroffene und Fachleute, wie man dem Ziel »gute Arbeit für Menschen mit Behinderung« näher kommt. Ihre Forderungen: Arbeitsvertrag und Mindestlohn für die 40 000 Werkstattbeschäftigten in Westfalen-Lippe, mehr Rechte für Schwerbehindertenvertretungen, mehr Arbeitsplätze in Integrationsbetrieben.

Im August 2015 sind nach Angabe des LWL in Westfalen-Lippe 22 332 Menschen mit Behinderung arbeitslos. Eine drastisch höhere Ausgleichsabgabe für Firmen, die zu wenige Menschen mit Behinderung beschäftigen,

ist nötig. Mit dem Geld kann man Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung in Betrieben schaffen und sie langfristig fördern.

Rolf Kohn, Sprecher der LWL-Fraktion DIE LINKE dazu: »Wir wollen weg von der abgeschoteteten Arbeit in Werkstätten.«

Statt Inklusion – immer mehr Werkstattbeschäftigte



Das Revier entscheidet selbst

2020 wählen die Menschen im Ruhrgebiet erstmals ihr »Ruhrgebietsparlament« direkt. Im Gebiet des Regionalverbandes Ruhr (RVR) entscheiden sie selbst, wer sie in der Verbandsversammlung vertritt. Dafür hat DIE LINKE seit 2004 gekämpft, auch gegen den hinhaltenden Widerstand der »Ruhrgebietspartei« SPD. Die Sozialdemokraten hatten es damit nicht ganz so eilig. Das »Gesetz zur Stärkung des RVR« macht es nun möglich. Wichtig: Die Neuregelung ermöglicht mehr Zusammenarbeit im Ruhrgebiet. Nun kann sich der RVR auch um Klimaschutz, Verkehrsentwicklungsplanung



oder die Vernetzung der Europaarbeit kümmern. Soweit, so gut. Leider haben die Mehrheitsparteien im Landtag nur halbe Sachen gemacht. Noch immer sieht der RVR kein Geld aus dem Gemeindefinanzausgleich des Landes. Ein Nachteil gegenüber den Landschaftsverbänden. Dabei wäre eine Beteiligung möglich und sinnvoll gewesen, damit der RVR auch an Förderprogrammen des Landes und der EU direkt teilnehmen kann. Auch die Direktwahl bleibt halberzig. Entscheiden dürfen die Menschen an der Ruhr nur über die Abgeordneten in der Verbandsversammlung. Das eigentliche Gesicht des RVR, die Regionaldirektorin oder der Regionaldirektor, wird weiter durch das Parlament gewählt. Eine vergebene Chance. Zuviel Demokratie durfte es für SPD und CDU dann doch nicht sein. Immerhin: Das Ruhrgebiet kann durch den Demokratiewachstum und eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Kommunen Vorbild werden. Auch für andere regionale Gremien steht nun die Tür zur Direktwahl offen. *WoF*

Was ist der RVR?

Im RVR sind die elf kreisfreien Ruhrgebietsstädte sowie die vier Kreise Ennepe-Ruhr, Recklinghausen, Unna und Wesel zusammengeschlossen. In dem Gebiet leben 5,2 Millionen Menschen. Der Verband ist unter anderem für die Regionalplanung, die Sicherung der Freiflächen, die regionale Wirtschafts- und Tourismusförderung, die sieben Revier- und Freizeitparks und das Geo-Datennetz zuständig. Der RVR sitzt in Essen.

Damit Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam spielen können, fordert DIE LINKE im LVR seit vielen Jahren gemeinsame Kitas.

Foto: Irina Neszari

Eine Erfolgsgeschichte

1983 wurden in den Kindertagesstätten die ersten integrativen Ganztagsgruppen durch den Landschaftsverband Rheinland (LVR) sichergestellt. Dafür hatte der LVR Leitungen in integrativen Kitas freigestellt, die Größe der Gruppen bei fünf Kindern mit Behinderung auf 15 begrenzt und den Personalschlüssel auf zwei Erzieherinnen fest-

gelegt. Das Kindergartengesetz und das Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder enthielten damals keine Regelungen zur vorschulischen Erziehung für Kinder mit Behinderung und behilflicher Finanzierung. Der LVR finanzierte die Therapeuten in den Kitas selbst, was zu einer hohen Qualität der Versorgung führte. Die Ent-

scheidung des Landesjugendamts Rheinland für diese besondere finanzielle Unterstützung wurde zur Erfolgsgeschichte. Im Kinderbildungsgesetz 2008 wurden Kinder mit Behinderung endlich mit eigenem Rechtsanspruch abgebildet. Folge war die Prüfung von »Finanzierungsanreizen« in den integrativen Kitas, da der erhöhte Personal-

bedarf jetzt immerhin teilweise berücksichtigt wurde.

Landesjugendamt, Arbeitskreis und Verwaltung haben gemeinsam mit den Trägern in vielen Sitzungen offiziell, interfraktionell, informell überlegt, welche Rolle der LVR unter diesen neuen Voraussetzungen spielen soll.

Am Ende stand der Beschluss, die bewährte Bezuschussung der Therapie in den Kitas zu streichen. Dies stieß auf absolute Ablehnung der LINKEN im LVR.

Unsere Befürchtungen bestätigten sich. Eskam zu massiven Umstellungsproblemen, so dass die Therapie erst mal bis 2016 weiter finanziert wird. Eine Aufsicht, bestehend aus Politik, Verbänden, Krankenkassenverbänden, Kirchen und Verwaltung begleitet die Durchführung und sorgt dafür, dass mit Härtefallregelungen zumindest die größten Probleme für die Träger und deren Beschäftigte abgemildert werden. Eine volle Kompensation, wie DIE LINKE sie für richtig hält, ist damit jedoch nicht gegeben.

Die Organisation therapeutischer Betreuung in den Kitas ist jetzt deutlich schwieriger. *DM*

Linke Betten unterwegs



DIE LINKE im Bundestag zeigte auf Straßen und Plätzen: Eine bessere Gesundheitsversorgung ist möglich.

2015 war DIE LINKE in 22 Städten Nordrhein-Westfalens unterwegs für ein besseres Gesundheitswesen. In den Fußgängerzonen standen Krankenhausbetten, LINKE »Ärztinnen« und »Patienten« kamen mit vielen Menschen ins Gespräch: Kundin statt Patientin sein? Teure Medikamente selbst zahlen? Ganz anders will es das Konzept der LINKEN für eine solidarische Gesundheitsversicherung: Darin ist jeder hier lebende Mensch versichert. Eine umfassende Versorgung für alle wird sichergestellt. Pflege orientiert sich am Bedarf der Menschen.

Kein Platz für Nazis

Ob Duisburg, Düsseldorf, Essen oder Wuppertal: In diesem Herbst machten Rechte und Neonazis von AfD bis Pegida Stimmung gegen Geflüchtete. In Essen gingen im September Faschisten auf Andersdenkende aus einer rechten Demo heraus mit Baseballschlägern los. In Xanten brannte Anfang Oktober eine Flüchtlingsunterkunft. In Köln verübte ein Nazi gar einen Mordanschlag auf die für Flüchtlinge zuständige Sozialdezernentin Henriette Reker. DIE LINKE sagt: Wir lassen uns nicht einschüchtern. Gemeinsam mit vielen anderen gehen wir auf die Straße. Für uns gilt: Flüchtlinge willkommen, Nazis raus!

12 Millionen Euro verzockt

Bottrop. Im internationalen Casino wollte Bottrops SPD-Stadtspitze mitspielen – und verzockte 12 Millionen Euro. Dreimal traten Bottroper Kämmerer an den Spieltisch: 1999, 2000 und 2008. 25,3 Millionen Euro lieh die Stadt in Schweizer Franken. Die Idee: sparen durch niedrigere Schweizer Zinsen. Hochspekulativ. Funktioniert hätte das nur bei einem stabilem Wechselkurs. Doch der rutschte: Anfangs kostete ein Euro 1,61 Franken. Es ging bergab, bis die Schweiz bei 1,20 Franken durch Stützungskäufe die Notbremse zog. Bei dieser Marke hatte die Stadt 2013 bereits 6,5 Millionen Euro Miese in den Büchern. Richtig teuer ist das Spiel seit Januar 2015: Die Schweiz stellte die Stützung ein. Der Kurs stürzte auf rund einen Franken pro Euro. Nun kosten die Kredite statt 25 Millionen über 37 Millionen Euro. 12 Millionen Minus stehen so auf der Casinorechnung – bei nur 2,8 Millionen Euro eingesparten Zinsen. Wer trägt die Verantwortung? Vor allem SPD-Mann Peter Noetzel, Kämmerer zur Zeit der ersten beiden Franken-Deals.



12 Millionen Euro verspielten die Bottroper Kämmerer mit spekulativen Franken-Geschäften im Währungskasino.

Eine Anfrage der LINKEN deckte auf: Er gab seinen Segen zur Zockerei. Als er Oberbürgermeister Ernst Löchelt 2004 beerbte, zockte man weiter: Unter Oberbürgermeister Noetzel wurden Kredit Nummer drei abgeschlossen und die Deals weiter verlängert. Motto: »Weitermachen, bis der Verlust wieder drin ist.« Das ging schief. Die nun von SPD-Mann Bernd Tischler geführte Verwaltung

zockte trotzdem weiter. Noch im Januar 2015 schrieb Kämmerer Willi Loeven, es bestehe »die Auffassung, die Fremdwährungsdarlehen in bisheriger Form zu belassen«, damit eine »Verbesserung der Währungskurse« zu »günstigeren Bedingungen auch für eine Rückzahlung« führen könne. Reine Illusion. Nun wird dem Rat die Verantwortung zugeschoben. Der soll im Herbst 2015 ent-

scheiden, ob man aussteigt und die Verluste bezahlt. Trotz des Desasters deckt Tischler seinen Vorgänger Noetzel. Die handelnden Personen hätten »eine aus damaliger Sicht vertretbare Entscheidung getroffen«, so Tischler. Das überrascht kaum: Tischler gehörte schon beim dritten Kredit als Noetzels Technischer Beigeordneter zur Stadtspitze. Bleibt die Frage: Was wusste Tischler?



Wir haben die Kraft

Und wir schrecken nicht davor zurück, sie zu benutzen. Inklusion: Zack! Stärkungspakt: Bäm! Garantierte Kinderbetreuung: Krach! Die Springteufel-Kraft ist unermüdlich. Hier, macht mal! Und das auch. Und das. Zack, zack, zack! Darf nur nix kosten, denn Geld gibt's nicht. Inklusion ohne Pädagogen, Sanierung ohne Investitionen, Kinderbetreuung ohne Geld. Schlag auf Schlag geht das. Die Kommunen sparen sich Schwimmbäder, Bürgerbüros und Bibliotheken. Ist ja freiwillig. Und wenn man nix Freiwilliges machen kann, gibt's nichts zu entscheiden. Konsequenz wäre: Wir sparen uns den Stadtrat. Wer hat die Kraft? Die SPD. Wer kriegt's ab? Wir alle. Eine Regierung, von der jeder was hat. Ist doch was.

Impressum

Herausgeberin: DIE LINKE. Landesverband Nordrhein-Westfalen Kortumstraße 106-108 44787 Bochum
V.i.S.d.P.: Sascha H. Wagner
Auflage: 10 000 Stück
Redaktionsschluss: 20. Oktober 2015
Redaktion: Daniel Kerekes, Heike Kretschmer, Irina Neszeri, Niels Holger Schmidt
Die Nutzungsrechte der nicht gekennzeichneten Fotos liegen bei der Partei DIE LINKE. Landesverband NRW.
Redaktion Kreisverband: V.i.S.d.P.: Günter Blocks DIE LINKE. Bottrop Brauerstraße 41, 46236 Bottrop
Telefon: 0 20 41/56 87 184 guenter.blocks@web.de www.dielinke-bottrop.de



Das Puzzelfeld besteht aus einem Quadrat, das in 3x3 Quadrate unterteilt ist. Das Puzzle muss nun so vervollständigt werden, dass die Zahlen von 1 bis 9 in jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem der 3x3 Felder jeweils nur einmal vorkommen. Für jedes Rätsel gibt es nur eine richtige Lösung.

		3	9	1			2
	1	9		2			
2							
8	4			9	5	1	7
	3	1	2	4	7	8	
9		7	1	3			6
				2			6
1	7		8			3	
						4	8

				9	8	3	1
		9		2	6		
8	3	6		7		9	
	1		5				
	6		1	4	9		2
					2		6
	3		7		1	4	9
		1		6		2	
4	9	5		8			